

7 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zu Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468

Stellungnahme 18/1048
Stellungnahme 18/1061

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5468 an den Rechtsausschuss – federführend – den Innenausschuss, den Hauptausschuss, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Unterausschuss Personal am 23. August 2023)

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil leitet ein, der Haushalts- und Finanzausschuss sowie sein Unterausschuss Personal hätten beschlossen, ihre Mitberatung ohne Votum abzuschließen. Der Hauptausschuss und der Innenausschuss hätten ihre Mitberatung nicht wahrgenommen.

Heute erfolgten die abschließende Beratung und die Abstimmung des Gesetzesentwurfs.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie gegen die Stimme der AfD-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.



Rechtsausschuss

32. Sitzung (öffentlich)

6. Dezember 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:33 Uhr bis 15:11 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 9 |
| 1 | Verfassungsbeschwerde wegen der Behauptung mehrerer Städte, Bestimmungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2023 verstießen gegen das Recht auf Selbstverwaltung aus Art. 78 Abs. 1, Art. 79 Satz 2 LV NRW, soweit darin für kreisfreie Städte höhere fiktive Hebesätze festgelegt sind als für kreisangehörige Städte und Gemeinden | 10 |
- VerfGH 101/23
Vertrauliche Vorlage 18/104
- Wortbeiträge
- Mit den Stimmen aller Fraktionen beschließt der Ausschuss,
keine Stellungnahme abzugeben.

2 Besserer Schutz vor gewalttätigen Wiederholungstätern. Einführung eines Resozialisierungsgesetzes auch in Nordrhein-Westfalen! 11

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3654

Ausschussprotokoll 18/360 (Anhörung am 27.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

3 Bevor die Landesregierung Entscheidungen über die KI- und Legal Tech-Strategie der Justiz trifft, muss ein breiter und öffentlicher interdisziplinärer Diskurs über die Anwendung von Künstlicher Intelligenz in der Justiz geführt werden 12

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4134

Ausschussprotokoll 18/383 (Anhörung am 20.10.2023)

– Wortbeiträge

4 Novellierung der Justizwachtmeister-Ausbildung dringend erforderlich! 13

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4349

Ausschussprotokoll 18/404 (Anhörung am 08.11.2023)

– Wortbeiträge

- 5 Einführung eines Ideen-Wettbewerbs für die NRW-Justiz zum Einsatz von Informationstechnologie (IT) und Künstlicher Intelligenz (KI) in Nordrhein-Westfalen.** 16
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4570
- Stellungnahme 18/1016
Stellungnahme 18/1023
Stellungnahme 18/1025
Stellungnahme 18/1038
- Wortbeiträge
- 6 Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der Gesetze berufsständiger Versorgungswerke** 18
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5349
- Ausschussprotokoll 18/390 (Anhörung am 02.11.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.
- 7 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zu Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes** 19
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468
- Stellungnahme 18/1048
Stellungnahme 18/1061
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie gegen die Stimme der AfD-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

8 Vermögensabschöpfung ist das zentrale Instrument zur Bekämpfung von Clankriminalität – Justizminister Limbach muss endlich handeln 20

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6762

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

9 93 Millionen Euro vom Bund für geförderte Digitalprojekte der Länderjustiz – wie erfolgt die Umsetzung in NRW? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]) 21

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1991

– Wortbeiträge

10 NRW ein Profil für europäische und internationale Wirtschaftsstreitigkeiten durch Stärkung der Schiedsgerichtsbarkeit am Standort Bonn geben (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]) 22

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1998

– Wortbeiträge

11 Einsatz von ChatGPT in der Justiz – werden die Vorschläge der Sachverständigen aus der Anhörung im Rechtsausschuss am 13.06.2023 umgesetzt? Welches Konzept hat die KI-Task-Force und wie oft hat der Minister persönlich hier das Gespräch gesucht? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]) 23

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1995

– Wortbeiträge

- 12 Einführung eines integrierter Bachelor of Law auch in NRW – Wo bleibt der Gesetzentwurf der Landesregierung? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])** **25**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1994

– Wortbeiträge

- 13 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher müssen bei ihrer Arbeit vor Übergriffen bestmöglich geschützt sein – wieso gibt es Lieferprobleme bei Sicherheitswesten? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])** **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1997

– Wortbeiträge

- 14 Warum sind Antworten so schwierig? Offene Fragen zu den Änderungen des Dolmetschergesetzes und zum unvollständigen Bericht des Justizministers im Rechtsausschuss am 08.11.2023 (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])** **28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2001

– Wortbeiträge

- 15 WAZ vom 20.11.2023 „Ein Staatsanwalt packt aus“ – Staatsanwälte sind in NRW praktisch immer am Limit. Sofortige Hilfe ist notwendig durch Umverteilung von Richtern auf die Staatsanwaltschaft wegen unterschiedlicher Belastungsquoten! (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])** **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2002

– Wortbeiträge

- 16 Ungeplante Mehrkosten bei dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Münster aufgrund von Planungsfehlern, Ausführungsfehler oder Überwachungsfehler? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])** 31

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2000

– keine Wortbeiträge

- 17 Die Geschäftsstellen pfeifen oft auf dem letzten Loch! Vorausschauende Planung für die Sicherstellung ausreichender Servicekräfte auf den Geschäftsstellen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften ist zwingend notwendig. Was macht das Ministerium? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])** 32

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1993

– keine Wortbeiträge

- 18 Sachverständige fehlen überall! Welche Gespräche führt der Justizminister, welche Aktionen plant der Justizminister und welche Online-Bewerbungs-Strategie hat der Justizminister schon in Auftrag gegeben, um gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Ärzte- und Pflegekammern, den Architektenkammern etc. neue interessierte potentielle Sachverständige zu finden (für Baumängelverfahren, Arzthaftungsfälle, Werkvertragsprozesse, Produkthaftungsfälle etc., etc.) und warum gibt es in NRW kein Sachverständigenportal für alle Gerichte, in denen Sachverständigenaufträge durch die Gerichte bekannt gegeben werden und sich interessierte Sachverständige melden könnten, sodass Richterinnen und Richtern eine Auswahlmöglichkeit zur Verfügung gestellt wird? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])** 33

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1999

– Wortbeiträge

- 19 Besetzung der Stelle des Leitenden Oberstaatsanwaltes in Dortmund – Nachfrage!** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]*) **35**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1992
- keine Wortbeiträge
- 20 Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Straftaten gegen Betriebsverfassungsorgane und ihre Mitglieder** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **36**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2029
- Wortbeiträge
- 21 Einschätzung und Bewertung verschiedener Äußerungen im Zusammenhang mit propalästinensischen Demonstrationen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **39**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1996
- Wortbeiträge
- 22 Wirklich kein Näheverhältnis? Nicht nur der Minister kannte die bevorzugte Mitbewerberin um die Stelle der OVG-Präsidentschaft persönlich** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **41**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2003
- Wortbeiträge

23 Flucht eines Untersuchungsgefangenen am 01.12.2023 aus dem Amtsgericht Duisburg-Hamborn *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 3])* **46**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2030

– Wortbeiträge

24 Verschiedenes **47**

Der Ausschuss beschließt, die für den 8. Mai vorgesehene Ausschusssitzung auf den 3. Mai vorzuverlegen.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer auswärtigen Sitzung am OLG Düsseldorf am 26. Juni 2024.

* * *